

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (mit Post) 2 RM, (halbjährlich) 10 RM, (jährlich) 20 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 694, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schulzeitung: Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochenends 4-6 Uhr / außer Dienstag u. Donnerstag

Anzeigenpreis: Die normal gebildete Monatszeitschrift oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Anzeigenblätter an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM, Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Vorrang der Stellung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Mittwoch, den 5. Oktober 1927

Nummer 233

Niedner ohne Angeklagte

Der Monsterprozess gegen die Zentrale der KPD vertagt / Aufstand in Mexiko / Diskontierung bei der Reichsbank
Neuer Börsentrach / Teuerungswelle und Verschärfung der Wirtschaftskrise / Frankreich treibt zum Bruch mit Russland

Vertagung in Leipzig

Leipzig, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem Reichsgericht in Leipzig sollte heute vormittag der Prozess gegen die KPD-Zentrale beginnen. Als Präsident Friedrich die Namen der Angeklagten aufrief, stellte es sich heraus, daß sämtliche Angeklagten nicht zur Verhandlung erschienen waren. Nur ihre Rechtsanwälte Obuch, Herzfeld, Justizrat Kränzel und Rechtsanwalt Riechle waren anwesend. Genosse Obuch gab zu dem Richterhören der Angeklagten eine längere Erklärung ab, die diesen Tendenzprozess entsprechend kennzeichnete, und erklärte das Fernbleiben der Angeklagten politisch, juristisch und moralisch in jeder Beziehung gerechtfertigt. Oberrechtsanwalt Werner mußte zugabem, daß die Anwesenheit des Prozesses insofern verfehlt war, als der Reichstag seinerzeit selbst bestimmt habe, daß der Prozess nur in den verhandlungsreifen Sommermonaten des Reichstages durchgeführt werden dürfe. Das Richterhören der Angeklagten sei eine Demonstration gegen das Reichsgericht. Die Angeklagten Lindau und Schumann, die nicht durch Immunität geschützt sind, beantragte er zur nächsten Sitzung vorführen zu lassen. Im übrigen wolle er keine Substantia stellen.

Der zornige Niedner

Niedner kündigt Zwangsmassnahmen gegen die Angeklagten an
Leipzig, 5. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Niedner verkündete gestern am Schluß der Verhandlungen folgende Beschlüsse des Reichsgerichts: 1. Die Hauptverhandlung wird bis auf weiteres vertagt. 2. Die Anberaumung eines weiteren Hauptverhandlungstermins wird erst erfolgen, wenn die Durchführung des Prozesses mit allen zu Gebote stehenden Zwangsmassnahmen gesichert ist, und zwar auch außerhalb der Ferienzeit des Reichstages. 3. Die Vorführung der beiden Angeklagten Lindau und Schumann für diesen Termin wird angeordnet. Mit zorniger Stimme schrie Niedner: „Der Bestand der deutschen Republik ist begründet auf der Durchführung des Rechts. Ein Staat, der diesen Grundpfeiler nicht beachtet, gibt sich selbst auf. In Erkenntnis dieses fundamentalen Grundpfeilers hat das Reichsgericht alles getan, um diesen Prozess, dessen Ausgang von unermeßlicher Bedeutung ist, nunmehr endlich durchzuführen.“

Das oberste Gericht, das die Republik der Trustherren gegen die proletarischen Revolutionäre errichtet hat, das Niednergericht in Leipzig, hat sich eine schwere Schlappe geholt. Der seit Jahren mit beispiellosem Aufwand gegen die Mitglieder der KPD-Zentrale des Jahres 1923 vorbereitete Monsterprozess mußte vorläufig vertagt werden. Unsere Parteiführung hat die Angeklagten aufgefordert, vor den Klassengerichten nicht zu erscheinen. In einem Aufruf, der vor der proletarischen Öffentlichkeit die politischen Absichten der Prozessanberaumung überhaupt und insbesondere im gegenwärtigen Augenblick aufzeigt, hat unsere Parteiführung neuerdings die volle politische Verantwortung für die revolutionäre Bewegung des Jahres 1923 übernommen, aber sie hat es abgelehnt, ihren Mitgliedern zu erlauben, sich vor dem Klassengericht zu verantworten. Jeder Arbeiter versteht, daß unsere Parteiführung so und nur so handeln konnte. Solange wir über eine legale Presse, über Parlamentaristritzen verfügen, wie es gegenwärtig der Fall ist, wäre es unverantwortlich von der revolutionären Partei, auch nur eines ihrer Mitglieder freiwillig der Henkerjustiz auszuliefern. Auch die sichere Erwartung, daß die Auftraggeber der Klassengerichte und die bürgerliche Presse im Verein natürlich mit der sozialdemokratischen Presse versuchen würden, das Richterhören der Kommunistenführer vor dem Henkerjerk demagogisch auszunutzen würden, konnte die Parteiführung von dem richtigen Beschluß nicht abdrängen. Sie hat darauf vertraut, daß in der deutschen Arbeiterklasse weit über ihre Reihen hinaus Klarheit darüber besteht, was in Leipzig beabsichtigt war. Und dieses Vertrauen ist schon jetzt gerechtfertigt worden. Das ergibt sich schon aus den ersten Kommentaren in der sozialdemokratischen Presse, die es nicht wagt, offen die „wissenslose Führung“ anzugreifen, die sich von der Verantwortung drückt, während die armen Teufel, von ihr verführt, im Gefängnis sitzen müssen“. Das beweist, wie unmöglich es ist, den deutschen Arbeitern eine Komödie der Verantwortlichkeit vorzuspielen, um in Wirklichkeit ihre revolutionäre Führung zu diskreditieren.

Der Reichsanwalt Werner hat gestern in seiner Mut über den entscheidenden Braten die Absichten des Reichsgerichts am besten enthüllt, als er selbst das Stich-

wort zum Diskreditierungsversuch gegen die revolutionäre Partei ausgab, als er sagte: „Es ginge allerdings nicht an, daß die, die die Drahtzieher waren, nicht verurteilt würden, nur weil sie Abgeordnete sind, während andere zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt würden.“ Diesem Versuch kann man nur dankbar sein für die Plumpheit, mit der er seinen Auftraggebern ins Handwerk pflücht. Ausgerechnet der Reichsanwalt, werden die Arbeiter sagen, der unseren Klassenbrüder tausende Zuchthausjahre aufgedrückt hat, soll es wagen, die revolutionäre Partei zu diskreditieren und mit seiner bisherigen Tätigkeit die Notwendigkeit, neue Opfer ans Messer zu liefern, zu begründen.

So ausfallslos ist dieser Versuch, daß selbst ein Zentralorgan der Reichsgerichtsbarkeit, wie der Vorwärts, von einer „Blamage“ des Niednergerichts sprechen muß. Selbst der Vorwärts ist gezwungen, die Einstellung des Prozesses, die Freilassung der noch hinter Kerkermauern gehaltenen proletarischen Opfer zu fordern. Man wird die SPD-Führer beim Wort nehmen und sie auffordern, diese Meinung auch weiterhin zu vertreten. Man wird aber die Arbeiter gleichzeitig erinnern, daß es sich um eine sehr späte Einsicht vom Wesen der Klassenjustiz handelt. Die SPD hat die Reichsgerichtsbarkeit geschaffen, SPD-Beihaber vom Typus der Heine und Konjoren sind unmittelbar schuld daran, daß „jene armen Teufel ins Gefängnis gekommen sind“, ganz abgesehen davon, daß es ohne die Rosterolle der SPD in der deutschen Revolution heute in Deutschland so wenig ein Reichsgericht gäbe wie in der Sowjetunion, sondern ein proletarisches Gericht, wie im Arbeiter- und Bauernstaat. Aber besonders die letzten Tage haben den demokratischen Schwindlern in der SPD doch das Gruseln gelehrt. Der Hindenburgaunarr, die Schandannette am Hindenburgtag (für den die SPD durch die Sabotage jeder gemeinsamen Aktion die volle Verantwortung trägt, wenn sie auch nachträglich die beispiellose Frechheit befiel, die Kommunisten zu verhöhnern, daß sie allein

ihn nicht verhindern konnten), haben vielen sozialdemokratischen Arbeitern die Augen geöffnet. Und so kommt es, daß jetzt die Stamperleute, die sich schon vorbereitet hatten, die Führung im Diskreditierungsversuch gegen unsere Partei zu übernehmen, plötzlich gegen das Reichsgericht Stellung nehmen. Jetzt allerdings kann der Vorwärts die alte Absicht nicht ganz unterdrücken. Er schreibt, es liege allerdings eine sehr ungleiche Behandlung von Hunderten von kleinen Parteigängern der Kommunisten, die zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt sind, und den großen, durch deren gewissenlose Führung sie ins Gefängnis gekommen sind, vor. Aber er schwenkt jetzt auf die Linke der „Linken“ ein in der Klassenjustizfrage, die zum Schein gegen die Justiz Stellung nehmen um so als Anwalt ihrer Opfer eine bessere politische Plattform gegen die Revolutionäre zu erwerben.

Jedenfalls aber unterteilt diese Schwentung die Niederlage der Klassenjustiz. Die Angeklagten haben ihr etwas gespart. Der Prozess mußte vertagt werden. Herr Niedner packt seine Möbelwagen voll Anklagematerial vorläufig zusammen und zieht ab bis zur nächsten Gelegenheit. Jetzt gilt es, den Kampf gegen die Klassenjustiz zu verschärfen, einen Druck um die vollständige Niederlegung dieses und aller weiteren ähnlichen Prozesse und — dies besonders in den Tagen der Hindenburgschen Schandannette — um eine allgemeine sofortige Amnestie für alle politischen Gefangenen zu organisieren.

Verschöpfung in Spanien

In Barcelona wurden 30 Personen verhaftet, die angeblich eine Aufstandsbewegung gegen den spanischen Diktator vorbereitet haben. Die ersten Meldungen der Presse bezogen natürlich, daß es sich um Kommunisten handelt.

Heute früh eingetroffene Meldungen bezogen, daß sich ein Teil der Führer der gegen die jetzige Regierung gerichteten Bewegung, unter ihnen eine Anzahl ehemaliger Minister, an einer Aufstandsbewegung gegen Primo de Rivera beteiligt haben. Auch in Spanien handelt es sich noch im wesentlichen um einen Kampf zwischen den Claqueurs der Beherrschenden.

Kriegsbege

„Roter Imperialismus“ — Aufrüstung der Reichswehr

Schon auf der letzten Genfer Konferenz des Völkerbundes zeigten die Vertreter der kapitalistischen Großmächten, insbesondere Englands, daß sie nicht gewillt sind, sich besondere Bindungen für die Frage der Rüstungen, des Angriffs- oder Verteidigungsstranges auferlegen zu lassen. Die Imperialisten halten die Stunde des Angriffs für nahe genug herangerückt, um diese Frage schon offener zu stellen. Natürlich verheißern sie die Abfuhr des Angriffsstranges. Für ein solches Ziel sind die Waffen der Schlachttopfer nicht zu gewinnen. Dello mehr wird von den Imperialisten und ihren Soldaten die „rote Gefahr“, der „rote Imperialismus“ an die Wand gemalt. Während der Tagung von Genf und jetzt nach Genf bemühen sich die deutschen imperialistischen Soldaten, aufzuzeigen, daß Sowjetrußland zum Angriff rüht. Schon während der Genfer Tagung schrieb der ehemalige englische Luftfahrtminister Lord Thomson of Cordington einige Artikel über das Flugwesen in den einzelnen Staaten. Ueber England schrieb er sich vorzüglicher Weise aus: Dello mehr schrieb er über Sowjetrußland. Hier erklärte er, daß die Sowjetunion neben dem amtlichen Flugzeugwesen eine Volksbewegung für die Luftfahrten entfacht habe. In der Ukraine allein beständen 1662 Stuhlgelübthosen für das Flugwesen. Die Wolge Eblm besitze 19 Aeroklubs, 1200 Bibliotheken mit wertvollen Werken über das Flugwesen, und viele Organisationen umfasse 2 Millionen Mitglieder. Die Kriegsflotte besitze zur Zeit 1500 Flugzeuge, zu denen noch 200 Flugzeuge der Luftflottenvereine kommen. In der geltrigen Abendausgabe der Dresdner Nachrichten werden diese Zahlen in einem Artikel über „Rußlands Rüstungen“ von Graf E. v. Zedtwitz wiederholt. In diesem Artikel wird Bezug genommen auf die Mandow, die augenblicklich in der Sowjetunion durchgeführt werden. Es wird festgestellt, daß an den Mandowern im Penzanzder Korpsbezirk 700 000 Mann teilnehmen. Daß die Moskauer Machtgeber nichts unversucht lassen, die künstliche Kriegsbegeisterung mit allen Mitteln zu schüren. Weiter erklärt der Artikelsschreiber, daß jetzt dauernd 302 000 Mann unter Waffen stehen, daß aber weitere 450 000 Mann durch Hilfsorganisationen ausgebildet werden. Der Artikel schließt mit dem Satz: „So findet das Kriegsgeheimnis, das in den letzten Monaten das ganze russische Reich erfüllte, nun seine Ruhmnamendung in einem Experiment, dessen Anlage und Durchführung deutlicher als alles andere zeigt, wie ernst man in Moskau die „englische Gefahr“ ansieht.“

Man behauptet in diesem Artikel natürlich, daß der Abbruch der Beziehungen Englands zu Rußland gar keine Bedeutung habe. England denke nicht an Krieg. Die Bemerkung über die englische Gefahr setzt man in Anführungszeichen, will damit also erklären, daß diese englische Gefahr nicht bestehe. Fehlt diese Gefahr aber nicht, nun, dann bleibt nur der eine Schluß, Rußland rüstet zum Krieg. England muß auf der Hut sein. Dann, und das ist der Zweck, muß es nach seiner Verhängung mit Stresemann in Genf dem neudeutschen Imperialismus die Aufrüstung gestatten.

Den gleichen Zweck, die Sowjetunion der Kriegstreiber zu beschuldigen, England harzuzumachen, daß man Deutschland nicht wehrlos machen dürfe, verfolgt wohl ein Artikel, der ebenfalls gestern abend im Volksstaat, dem Organ der KPD, erschien. Bis vor einiger Zeit wendete sich der Volksstaat noch gegen die Weltpolitik des deutschen Imperialismus. Er schrieb noch davon, daß die deutschen Truppen als Kolonialbeleg Englands benutzt werden sollten. Schon vor einigen Monaten konnten wir aber feststellen, daß der Volksstaat in dieser Beziehung eine Schwentung vollzogen habe. Im geltrigen Leitartikel verteidigt der Volksstaat die Tannenbergrede und stellt sich fest hinter die Politik Stresemanns. Das Wesentlichste ist, er beginnt Frankreich und Rußland gegen England auszuspielen und malt die Gefahr des roten Imperialismus an die Wand. Der Volksstaat berichtet über das Angebot Rußlands an Frankreich, diesem 60 Millionen Goldfranken pro Jahr zurückzuzahlen, wenn Rußland für 100 Millionen Mark Warenkredite erhält. Frankreichs Industrie werde sich bei einem solchen Abschlag beleben. Ein Risiko gehe Frankreich nicht ein, da die 60 Millionen den Selbstkostenpreis immerhin decken. Mit der offensichtlichen Wendung an England erklärt der Volksstaat:

„Es ist also immerhin möglich, daß auf solcher Basis ein Ausgleich zwischen Rußland und Frankreich zustande kommt und damit zugleich intimere Handelsbeziehungen einsehen. Dagegen ist England empfindlich. Ist es um so mehr, als verläutet, daß Frankreich noch eine weitere Bedingung an Rußland gestellt hat — nämlich die Wertenennung der russisch-polnischen Grenze und damit die Stabilisierung Polens. Für Polen aber hat England nicht allzuviel übrig, es soll ihm sogar ziemlich gleichgültig sein, ob Polen auf der Landkarte erhalten bleibt oder ob es verschwindet. England kann es nicht gern sehen, wenn Rußlands Ausdehnungsbedürfnis im Westen